

AL-RESO

AntragstellerInnen: Landesvorstand u.a.

Gegenstand: TOP 2: Aktuelle Lage

Resolution Türkei

1 Bündnis 90/Die GRÜNEN NRW solidarisieren sich mit den Menschen, die in der Türkei
2 für eine demokratische und moderne Gesellschaft auf die Straße gehen und ihre Freiheits-
3 rechte einfordern.

4 Die angekündigte Zerstörung des Gezi-Parks in Istanbul und die unverhältnismäßige Po-
5 lizeigewalt gegen diejenigen, die dagegen protestieren, mobilisiert landesweit Menschen
6 aus allen Bevölkerungsgruppen. Es geht um weit mehr als um die Zerstörung eines grün-
7 en Parks in Istanbul, es geht um die umfangreiche Einschränkung von demokratischen
8 Rechten der Menschen in einem Land, dessen Regierung die Türkei autoritär regiert, die
9 Entwicklung zu einer säkularen Gesellschaft verhindern will und repressiv gegen Freiheits-
10 äusserungen vorgeht.

11 Die Bevölkerung nimmt sich ihr Recht, gegen diese Einschränkungen auf die Straße zu
12 gehen, gegen staatliche und religiöse Bevormundung, gegen die Einschränkungen der De-
13 mokratie, gegen die Missachtung von Grund- und Menschenrechten. Das findet unsere
14 volle Unterstützung! Wir rufen deshalb die Regierung Erdogan auf, die Gewalt gegen die
15 Demonstrierenden sofort einzustellen und nach Lösungen im Dialog zu suchen.

16 Gleichzeitig verurteilen wir, dass nun auch aus Reihen der CDU/CSU die EU-
17 Beitrittsperspektive für die Türkei in Frage gestellt wird. Die Proteste sind ein erfreu-
18 liches Zeichen für eine lebendige Zivilgesellschaft in der Türkei. Deshalb wäre es falsch
19 nun die Beitrittsperspektive zu verschließen. Damit würde die EU der demokratischen
20 Zivilgesellschaft in der Türkei in den Rücken fallen und ihr einen Bärendienst erweisen.

21 Es bleibt dabei: Einen Beitritt kann es erst geben, wenn auch die Regierung Demokratie
22 und Bürgerrechte genauso praktiziert wie die Zivilgesellschaft. Die EU sollte die rechts-
23 staatlichen Probleme in den Beitrittsverhandlungen in aller Deutlichkeit ansprechen und
24 damit Möglichkeiten des Drucks auf Dauer aufrecht erhalten statt einmalig einen Abbruch
25 zu zelebrieren.

AntragstellerInnen

Landesvorstand

Werner Hager (KV Rheinisch-Bergischer Kreis), Gönül Eglence (KV Essen), Berivan Ay-maz (KV Köln), Jörg Winterfeldt (KV Steinfurt), Gisela Weih (KV Solingen), Dirk Weber (KV Rheinisch-Bergischer Kreis), Ulrich Steffen (KV Rheinisch-Bergischer Kreis), Jochen Luczak (KV Aachen), Jonas Paul (KV Aachen), Rudolf Ladwig (KV Hagen), Jürgen Klip-pert (KV Hagen), Hubertus Wolzenburg (KV Hagen), Roland Appel (KV Bonn), Tho-mas Reinert (KV Coesfeld), Carola Eichbaum (KV Rheinisch-Bergischer Kreis), Bernhard Gratzla (KV Köln), Wilbert Schröder (KV Neuss), Frank Steinwender (KV Hagen), Tho-mas Sehmer (KV Rheinisch-Bergischer Kreis), Eymelt Sehmer (KV Rheinisch-Bergischer Kreis), Hildegund Kingreen (KV Hagen), Karen Haltaufderheide (KV Ennepe-Ruhr), Lo-thar Gräwe (KV Hagen), Diana Siebert (KV Köln), Katja Dörner (KV Bonn), Senay Rasche (KV Hagen), Maik Aussendorf (KV Rheinisch-Bergischer Kreis), Florian Forster (KV Hagen)